

Länderbericht 2023 zu Sambia

Republik Sambia

Die Regierung hat sich verpflichtet, das Gesetz über die öffentliche Ordnung zu reformieren. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit wurden weiterhin verletzt. Das Gesetz über den Zugang zu Informationen wurde im Parlament eingebracht. Steigende Preise bedrohten das Recht auf Nahrung. Die Regierung machte teilweise Fortschritte bei der Erfüllung ihres Versprechens, Kindern kostenlose Bildung zu gewähren. Die Zahl der Früh- und Kinderheiraten ist trotz eines Gesetzes, das diese Praxis verbietet, nach wie vor hoch. Extreme Wetterereignisse und wirtschaftliche Aktivitäten untergruben das Recht auf eine gesunde Umwelt.

MEINUNGS-, VEREINIGUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Es wurden Schritte zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (Public Order Act, POA) unternommen, nachdem die Zambia Law Development Commission (ZLDC), ein halbautonomes gesetzliches Gremium, dessen Bestimmungen überprüft hatte. Die ZLDC legte ihre Überprüfung zusammen mit dem Gesetzentwurf über die öffentliche Ordnung, mit dem der POA aufgehoben und ersetzt werden soll, dem Minister für innere Angelegenheiten und innere Sicherheit zur Prüfung vor. Jahrelang haben die aufeinanderfolgenden Regierungen das POA dazu benutzt, die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigung von Organisationen der Zivilgesellschaft und politischen Oppositionsparteien zu beschränken. Abschnitt 5(4) schreibt vor, dass jeder, der eine öffentliche Versammlung, einen Umzug oder eine Demonstration plant, dies der Polizei sieben Tage vorher ankündigen muss. Obwohl eine formelle Genehmigung der Behörden nicht erforderlich ist, hat die Polizei die Bestimmung so ausgelegt, dass eine Genehmigung erforderlich ist, und hat sie dazu benutzt, friedliche Demonstranten ins Visier zu nehmen und zu verhaften oder die Genehmigung für Proteste zu verweigern. Wenn das Gesetz über öffentliche Versammlungen in seiner jetzigen Form verabschiedet wird, könnte es einen Beitrag zum Schutz der Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit leisten.

Im März bekräftigte Präsident Hichilema öffentlich das Engagement seiner Regierung für den Schutz der Menschenrechte, unter anderem durch eine Reform des POA.

Am 4. März führte die NRO Sistah Sistah Foundation eine Demonstration in der Hauptstadt Lusaka an, um gegen die Zunahme der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu protestieren. Zwischen dem 6. und 7. März nahm die Polizei drei Gründungsmitglieder und einen weiteren Demonstranten unter dem Vorwurf fest, sie hätten sich ungesetzlich versammelt und der Polizei falsche Angaben gemacht, obwohl die Polizei der Organisation eine Genehmigung für die Durchführung des Marsches erteilt hatte. Die Polizei behauptete, der Zweck der Demonstration sei die „Förderung von LGBTI-Rechten“ gewesen, was nicht dem erklärten Ziel der Organisation entsprach. Die Mitglieder wurden gegen Kautionsfreigabe freigelassen, doch die weiteren polizeilichen Ermittlungen in ihren Fällen sind noch nicht abgeschlossen.

Am 29. September wurde Elias Gabriel Banda, ein Jugendaktivist und ehemaliger Vorsitzender der Studentengewerkschaft der University of Zambia (UNZA), im Zusammenhang mit den Studentenunruhen an der UNZA am 18. und 19. September festgenommen. Die Anschuldigungen gegen ihn bezogen sich auf Äußerungen, die er Anfang September in den sozialen Medien veröffentlicht hatte. Nachdem die Öffentlichkeit seine Freilassung gefordert hatte, wurde er nach sieben Tagen gegen Kautionsfreigabe freigelassen und wegen Hausfriedensbruchs und Anstiftung zur Gewalt angeklagt. Er erwartete Ende des Jahres seinen Prozess.

Im Oktober richtete die Unabhängige Rundfunkbehörde, ein staatliches Gremium, das für die Erteilung, Verlängerung, Aussetzung oder Aufhebung von Sendelizenzen zuständig ist, eine offizielle schriftliche Beschwerde an den Radiosender Hot FM. Die Beschwerde bezog sich auf ein Interview, in dem der Historiker Sishuwa Sishuwa von einer „wachsenden öffentlichen Wahrnehmung“ sprach, dass der Präsident sich offenbar „in erster Linie als Führer ... einer Hälfte des Landes, hauptsächlich [derjenigen in den regierenden Hochburgen der Vereinigten Partei für Nationale Entwicklung]“ betrachte.

RECHT AUF INFORMATION

Das Gesetz über den Zugang zu Informationen wurde im November nach der Genehmigung durch das Kabinett in das Parlament eingebracht. Wenn es umgesetzt wird, könnte es den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen verbessern, Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern und eine aktivere Beteiligung an Regierungsprozessen ermöglichen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RECHTE

Der Internationale Währungsfonds stimmte im August 2022 zu, Sambia ein Rettungsdarlehen in Höhe von 1,3 Mrd. USD zu gewähren, nachdem das Land im November 2020 mit der Rückzahlung seiner Schulden in Verzug geraten war. Der in Raten zu zahlende Kredit war an strenge Bedingungen geknüpft, unter anderem daran, dass Sambia mit allen offiziellen Gläubigern eine Einigung über eine Umschuldung erzielt. Bis Ende 2023 waren nur 188 Mio. USD des Darlehens eingegangen. Obwohl die Regierung das Budget für das Gesundheitswesen aufstockte, reichte dies nicht aus, um einen angemessenen Zugang zu Gesundheitsleistungen zu gewährleisten. Im Juni wurde eine grundsätzliche Einigung über die Umstrukturierung der Schulden erzielt, die jedoch im November von den Gläubigern abgelehnt wurde, was zusammen mit den steigenden Kosten für Lebensmittel, Strom und Medikamente die Fähigkeit der Regierung, ihren Verpflichtungen im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte nachzukommen, weiter beeinträchtigte.

Trotz der Kürzungen sollte die Aufstockung des Sozialschutzbudgets von 270.258 USD im Jahr 2022 auf umgerechnet 347.474 USD im Jahr 2023 zur wirksamen Umsetzung von Programmen zur Verringerung von Armut und Ungleichheit beitragen. Dazu gehörten: das Sozialgeldtransfersystem, das Haushalte mit älteren Mitgliedern, Menschen mit schweren Behinderungen oder chronischen Krankheiten oder Haushalte mit einem Kind oder einer Frau mit mindestens vier Kindern an der Spitze zu monatlichen Zahlungen berechtigt, die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe und Rentenfonds für den öffentlichen Dienst. Diese positiven Maßnahmen wurden durch die nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen der monatlichen Erhöhungen und Schwankungen der Kraftstoffpreise auf die potenziellen Begünstigten etwas zunichte gemacht, was zu einer Inflationsrate von 9,9 % im Juli gegenüber 9,7 % im Juni führte. Dies trug zu einem Anstieg der ohnehin schon hohen Lebenshaltungskosten bei und beeinträchtigte die Fähigkeit der Einwohner, sich lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen zu leisten.

RECHT AUF ERNÄHRUNG

Während die Lebensmittelpreise für die meisten Menschen unerschwinglich waren, betrafen die steigenden Kosten insbesondere die 54,7 % der Bevölkerung, die bereits in Armut leben. Nach Angaben des Jesuit Centre for Theological Reflection sind die Kosten für eine Rollmehlmahlzeit - ein Grundnahrungsmittel - im September im Vergleich zum selben Monat des Jahres 2022 um fast 21 % gestiegen.

RECHT AUF BILDUNG

Das kostenlose Bildungsprogramm der Regierung, das Kindern im Grundschulalter zugute kommt, wurde im Januar eingeführt. Die Bildungseinrichtungen wurden verbessert, ebenso

wie das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern, als 4.500 zusätzliche Lehrer eingestellt wurden. Nach Angaben von ActionAid Zambia kam jedoch nur ein Lehrer auf 80 Schüler, während die Richtlinien des Bildungsministeriums ein Verhältnis von mindestens einem Lehrer auf 40 Schüler vorschreiben. Der Anstieg der Schülerzahlen in den ländlichen Schulen bedeutete, dass die Lehrer gezwungen waren, Aufgaben zu übernehmen, für die sie nicht qualifiziert waren.

RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Früh- und Kinderheiraten wurden trotz der Verabschiedung des Kindergesetzes Nr. 12 im Jahr 2022, nach dem diese Praxis verboten ist, weiterhin praktiziert. Nach Angaben von UNICEF waren 29 % der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren unter 18 Jahren verheiratet. Eine der Hauptursachen war die Schwangerschaft im Teenageralter, von der 29 % aller Mädchen und Frauen im Teenageralter betroffen waren. Die Raten von Früh- und Kinderheirat waren in ländlichen Gebieten höher, insbesondere im Bezirk Katete in der Ostprovinz.

RECHT AUF EINE GESUNDE UMWELT

In der Regenzeit 2022/2023 erlebte das Land extreme Wetterereignisse.

Von den Überschwemmungen betroffen waren die Bezirke Mazabuka, Monze, Choma, Sinazongwe und Namwala in der Südprovinz, die Bezirke Mambwe, Lusangazi und Chama in der Ostprovinz sowie der Bezirk Mumbwa in der Zentralprovinz. Nach Angaben der Katastrophenschutzbehörde (Disaster Management and Mitigation Unit), einer staatlichen Einrichtung, waren über 400 000 Menschen betroffen. Fünf Menschen starben und 10 000 wurden in provisorische Lager umgesiedelt. Es kam zu weitreichenden Schäden an Häusern, Ackerland und Viehbestand; viele Menschen hatten keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung, da starke Regenfälle wichtige Infrastrukturen zerstörten.

Im August änderte die Regierung das Umweltmanagementgesetz Nr. 8 aus dem Jahr 2023 mit dem Ziel, den Umweltschutz und die Erhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Nutzung natürlicher Ressourcen und die Abfallwirtschaft zu verbessern. Außerdem wurden die Strafen für diejenigen, die sich nicht an die Vorschriften halten, verschärft.

Im November inspizierte der Minister für Umwelt und Wirtschaft in Begleitung von Beamten der Environmental Management Agency die Forstwirtschaft und den Bergbau im Copperbelt in der Zentralprovinz. Sie stellten fest, dass sechs Goldverarbeitungsunternehmen, die Anlagen im Bezirk Mumbwa betreiben - Asal Trading Company, Zoncor Mining Company Limited, Mutumba Women's Club (Goldverarbeitungsanlage), Gazi Company Limited, PuleRay Company Limited und Orezone Mining and Exploration Limited - gegen die Bestimmungen des Umweltmanagementgesetzes verstoßen hatten, indem sie u. a. ungeklärte Abwässer abließen und damit die Umwelt verschmutzten. Im selben Monat ordnete die Regierung an, dass die Betriebe ihre Tätigkeit einstellen müssen, da sie keine schriftliche Genehmigung der Umweltmanagementbehörde hatten.